

**Stadtverwaltung Bad Säckingen**  
Niederschrift über die öffentlichen Verhandlungen des  
Gemeinderates am 17. September 2007

Anwesend: Bürgermeister Weissbrodt, 20 Gemeinderäte und 1 Ortsvorsteher und 1 Ortsvorsteher-Stellvertreter

---

Außerdem anwesend: Stadtbauamtsleiter Rohrer, Rechts- und Ordnungsamtsleiterin Schwerdtner, Stellvertretender Stadtkämmerer Huber, Umweltreferent Däubler, Persönliche Referentin des Bürgermeisters Frau Wöhrl-Metzger

Zuhörer: ca. 20

Schriftführer: Hauptamtsleiter Lau

---

104

Bericht zur Klimaschutzkonzeption und zum kommunalen Energiemanagement in der Stadt Bad Säckingen

**Umweltbeauftragter Däubler** erläutert die Sitzungsvorlage.

**Stadtrat Lücker** erkennt, dass der Klimaschutz nicht mehr länger nur eine Frage der Kosten, sondern nun auch des (Über-)Lebens an sich sei. Insofern seien die Anträge der Fraktionen der Grünen und der SPD gerechtfertigt. In diesem Zusammenhang seien auch die Stadtwerke mit der Erstellung einer Energieerzeugungskonzeption und einer CO<sup>2</sup>-Bilanz für Bad Säckingen gefordert. Auch sei es von Interesse, in welchem Ausmaß Stadtwerke, Umweltreferat und Energieagentur Dreiländereck-Hochrhein in die Energieberatung eingebunden seien. Für die Erstellung einer Klimaschutzkonzeption bitte er um Einholung eines Kostenangebotes beim Freiburger Öko-Institut.

Wie auch sein Vorredner dankt **SPD-Fraktionsvorsitzender Schoo** Umweltreferent Däubler für die Datenfülle und die akribisch erarbeitete Datengrundlage. Nicht zuletzt damit dokumentiere das städtische Umweltreferat seine Daseinsberechtigung. Der Antrag der SPD-Fraktion, über eine Klimaschutzkonzeption Bad Säckingen zu berichten, sei unter zwei Aspekten erfolgt. Zum einen sei dies die Autobahnplanung auf Bad Säckinger Gemarkung und der vor nicht all zu langer Zeit erfolgte Vortrag von Herrn Bläsing (Deutscher Wetterdienst) über die Klimasituation in der Stadt. Zum anderen habe die Stadt eine öffentliche Vorbildfunktion beim Klimaschutz. In diesem Zusammenhang begrüße er das Vorhaben des Landkreises Waldshut, eine Arbeitsgruppe zur Erstellung einer regionalen Klimaanalyse für die Hochrhein-Bodensee-Region ins Leben zu rufen. Die Stadtverwaltung sei gehalten, entsprechend den Empfehlungen des Umweltreferats aktiv zu bleiben. Auch den Gemeinderat und die Stadtwerke sehe er in der Pflicht, dieses existenzielle Thema weiterzuverfolgen. Der Informationspolitik komme hierbei eine besondere Bedeutung zu. Alle gewonnenen Erkenntnisse über die Belastung der Umwelt und des Klimas müssten von der Stadt bei der Diskussion über die verschiedenen Varianten der A 98 in Petto gehalten werden.

Der **Bürgermeister** freut sich über die positive Reaktion des Landkreises. Bei dieser Gelegenheit weise er darauf hin, dass bei der Stadtverwaltung am 14. September 2007 ein Antrag eingegangen sei, der sich mit dem Energieausweis für städtische Gebäude beschäftige.

**Stadtrat Biendl** fordert nachdrücklich, beim Spezialthema A 98 am Ball zu bleiben. Erfreulich sei, dass die von den Grünen angeregte Klimastudie nun offensichtlich in Gang komme.

Er sehe die Stadt im Zugzwang, mögliche Umweltschäden zu vermeiden. Große Reaktionen der Weltklimaänderung auf die unmittelbare Region seien bereits heute feststellbar. Es gelte, Schäden durch vorbeugende Maßnahmen vor Ort möglichst gering zu halten. Dies bedeute auch eine Chance für die Wirtschaft. Über die Bauleitplanung könne die Stadt Einfluss auf den örtlichen Energieverbrauch nehmen. Darüber hinaus seien auch Änderungen beim Individualverkehr wünschenswert. Es sei Aufgabe der Stadt, ihren Bürgern die Problematik mit Lösungsansätzen zu vermitteln. Hierzu sei es erforderlich, bis Ende des Jahres 2007 im Gemeinderat in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken kurz- bis mittelfristige Zielsetzungen in den verschiedenen Themenbereichen zu formulieren. Den Stadtwerken müsse es ein besonderes Anliegen sein, eine positive Beziehung zu den Bürgern aufzubauen, um einer Abwanderung der Kunden zu preisgünstigeren Energieanbietern entgegenzuwirken.

**Stadtrat Michler** unterstützt den Antrag der Fraktion der Grünen zum Energieausweis für städtische Gebäude. Jedoch müsse sich ein solcher Ausweis nicht am Verbrauch, sondern am Bedarf orientieren. Für die Ermittlung dieser Daten sei es wünschenswert, Umweltreferent Däubler einen Zuarbeiter an die Seite zu stellen.

**Umweltreferent Däubler** unterstreicht die Notwendigkeit zur Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Klimaschutz durch das Öko-Institut. Die Kosten hierfür empfehle er mit den Stadtwerken zu teilen. Bei der Energieberatung könne das Umweltreferat bei grundsätzlichen Fragen helfen. Spezielle Angelegenheiten würden zur fachlichen Klärung an die Energieagentur Dreiländereck-Hochrhein weitergeleitet.

Weiter informiert **Umweltreferent Däubler** darüber, dass der Beirat Umwelt und Energie seine Arbeit in Kürze wieder aufnehmen und die Aufträge des Gemeinderates abarbeiten werde.

Das beherrschende Thema in den nächsten Jahren werde die Autobahn A 98 auf Bad Säckinger Gemarkung sein. Da Bad Säckingen Kurort sei, müssten an die Trassenführung besondere Anforderungen gestellt werden. Vordringliches Ziel sei es, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und dem Regionalverband Hochrhein-Bodensee konkrete Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten.

**Stadtrat Lücker** regt an, die Schweizer Nachbarkantone in die Klima- und Umweltstudie für die Hochrhein-Bodensee-Region mit einzubeziehen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Klimaschutzkonzeption und zum kommunalen Energiemanagement zur Kenntnis. Bis zum Ende des Jahres 2007 sollen im Gemeinderat Grundsatzbeschlüsse über

- eine noch bessere Energieerzeugung,
- eine noch optimalere Reduzierung des Schadstoffausstoßes sowie
- eine Verbesserung der Beiträge und Leistungen der Stadtwerke zu den vorgenannten Punkten

herbeigeführt werden.

Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt, beim Öko-Institut Freiburg ein Kostenangebot über die Erarbeitung einer Klimaschutzkonzeption für die Stadt Bad Säckingen einzuholen. Im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsberatungen soll ein konkreter Beschluss über die Einführung eines bedarfsorientierten Energieausweises für städtische Gebäude gefasst werden.

Weiter wird die Stadtverwaltung beauftragt, Kontakt zur Landkreisverwaltung und zum Regionalverband aufzunehmen mit dem Ziel, die Schweizer Nachbarkantone für eine Mitwirkung an einer regionalen Klimaanalyse für die Hochrhein-Bodensee-Region zu gewinnen.